

B E B A U V U N G S P L A N

AUFTRAGGEBER:

GEMEINDE H I L B R I N G E N

AMTSBEZIRK:

H I L B R I N G E N

BEZEICHNUNG
DER LAGE:

„GEWERBEGEBIET BRUCHWIES“

FLUR:

MASSTAB:

1:1000

DER LANDRAT

DES

KREISES MERZIG-WADERN

ZEICHNUNG NR.

DATUM

NAME

KREISPLANUNGSSTELLE

AUFGETRAGEN:

28.8.69

E. Apfmann

BEARBEITET :

4.9.69

E. Apfmann

GESEHEN :

GEPRÜFT :

MERZIG, DEN 5. SEPTEMBER 1969

I.A.

Hausling

ÄNDERUNGEN

a

b

c

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetzes (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BBL. I, S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom .. 11. Mai 65 .. beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde HILBRINGEN durch die Kreisplanungsstelle.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

1 Geltungsbereich	SIEHE PLAN
2 Art der baulichen Nutzung	
2.1 Baugebiet	GEWERBEGEBIET „GE“
2.1.1. zulässige Anlagen	SIEHE BNVO § 8 ABS. (1) BIS (4)
2.1.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen	ENTFÄLLT
2.2 Baugebiet	DORFGEBIET „MD“
2.2.1 zulässige Anlagen	SIEHE BNVO § 5 ABS. (1) BIS (3)
2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	ENTFÄLLT
2.3 Baugebiet	
2.3.1 zulässige Anlagen	
2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
3 Maß der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	SIEHE PLAN
3.2 Grundflächenzahl	SIEHE PLAN
3.3 Geschosflächenzahl	SIEHE PLAN
3.4 Baumassenzahl	ENTFÄLLT
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	ENTFÄLLT
4 Bauweise	OFFEN
5 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	SIEHE PLAN
6 Stellung der baulichen Anlagen	ENTFÄLLT
7 Mindestgröße der Baugrundstücke	ENTFÄLLT
8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von Oberkante Straßenkante bis OK Erdgeschoßfußboden)	FESTSETZUNG IM EINZELFALL NACH STRASSENPROJEKT
9 Fläche für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFÄCHE
10 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	ENTFÄLLT
11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	ENTFÄLLT
12 Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehenen Flächen	ENTFÄLLT
13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.	ENTFÄLLT
14 Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
15 Verkehrsflächen	SIEHE PLAN
16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	GEMÄSS STRASSENPROJEKT
17 Versorgungsflächen	SIEHE PLAN
18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen	SIEHE PLAN
19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	ENTFÄLLT
20 Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	SIEHE PLAN
21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	ENTFÄLLT
22 Flächen für die Landwirtschaft und Forstwirtschaft	ENTFÄLLT
23 Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	ENTFÄLLT
24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	ENTFÄLLT
25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind.	ENTFÄLLT
26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
27 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	SIEHE PLAN
28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern.	ENTFÄLLT

BEBAUUNGSPLAN

-SATZUNG-

„BRUCHWIES“

GEMEINDE : HILBRINGEN

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG, in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABL. 8. 293).

ENTFÄLLT

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG, in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABL. 8. 293).

ENTFÄLLT

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG.

1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind	ENTFÄLLT
2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind	ENTFÄLLT
3 Flächen, unter denen der Bergbau ungeht	ENTFÄLLT
4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind	ENTFÄLLT
<u>Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG.</u>	
1	ENTFÄLLT
2	

Flächen-Erläuterung

	Geltungsbereich		Flächen o. Baugrundst. f. Gemeinbedarf Kindergarten
	Bestehende Gebäude		Kirche
	Geplante Gebäude und Art der baulichen Nutzung		Schule
	Bestehende und geplante Straßen		Verw. Gebäude
	Dorfgebiet		Grünflächen
	Allgemeine Wohngebiete		Gärten u Vorgärten
	Gewerbegebiet		Verkehrsflächen und Öffentl. Parkflächen
	Bestehende Grundstücksgrenzen		Flächen f. Versorgungsanlagen
	Geplante Grundstücksgrenzen		Umformstation
	Baulinie		Flächen für die Landwirtschaft u.
	Baugrenze		Forstwirtschaft mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (Wasserl., Kanall. Hochsp.)
	Wasserleitung		
	Kanalleitung		
	Geschoszahl, I - zwingend, II - Höchstgrenze		
	Grundflächenzahl, Geschosflächenzahl		
	Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern		

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG, ausgelegt von .. 14. Nov. 1969 .. bis zum .. 19. Dez. 1969 .. Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG, als Satzung vom Gemeinderat am .. 20. Jan. 1970 .. beschlossen.

HILBRINGEN

den 21. Jan. 1970

Der Bürgermeister

Friebe

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG, genehmigt.

Saarbrücken, den 18. April 1970

Der Minister des Innern - Oberste Landesbaubehörde

SAARLAND

Der Minister des Innern

- Oberste Landesbaubehörde

IV A-7-3144/70 Rd/70

In Auftrag

Winkler
Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG, wurde am .. 30. 4. 1970 .. ortsüblich bekanntgemacht.

HILBRINGEN

den 15. 1970

Der Bürgermeister

Friebe

